

► **Kommentar**

## Gemeinsam zum Wohl der Patienten

Von Fabian Schmidt

Medizinische Themen sind für Laien besonders schwierig. Als Patient ist man zum Großteil abhängig von Ärzten und anderen medizinischen Experten, weil schlicht das Wissen fehlt. Liest man sich ein, muss man die Quellen prüfen – Scharlatane gibt es schließlich überall –, und bei Studien muss man genau schauen, wer diese in Auftrag gegeben hat. Und als Betroffener tendiert man ohnehin schon in der Hoffnung auf Heilung oder Linderung gern zur Akzeptanz einer neuen Therapieform. So ist das auch beim Coimbra-Protokoll, einer Hochdosis-Vitamin-D-Therapie für MS- und andere Immunkranke.

Selbst nach mehreren Wochen Recherche fällt es schwer zu beurteilen, wie gut die Therapie aus Brasilien nun ist. Da bekämpfen sich Gegner und Befürworter im Internet; da berufen sich die beiden Parteien auf die gleiche Studie, um ihre Haltung zu untermauern; da weiß man nicht so recht, wem man jetzt mehr Glauben schenken soll. Und das Coimbra-Protokoll lässt sich auf viele andere Therapien auch in anderen medizinischen Fachrichtungen übertragen. Dabei sollte ausschließlich das Wohl der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt stehen – und daran kommen zumindest ab und zu Zweifel auf, wenn man medizinische Diskussionen verfolgt.

Dabei sollten folgende Regeln immer gelten: Kommunizieren und kooperieren statt diffamieren und verweigern. Sich nicht gegenseitig beschimpfen, sondern Argumente austauschen und im Sinne der Betroffenen gemeinsam eine Lösung suchen. Eigene Überzeugungen hinterfragen und offen für Kritik sein. Das gilt für Patienten wie für Mediziner, für Gesundheitspolitiker wie für Pharma- und Kassenmitarbeiter. Man darf nicht blind jedem Hype hinterrennen, sollte aber Ideen eine Chance geben und zum Beispiel Studien finanzieren – auch wenn sich damit vielleicht nicht das große Geld machen lässt. Die Gesundheit muss eindeutig über dem Profit stehen. Man sollte sich an mehreren Stellen informieren und verbal destruktives Verhalten durch konstruktives ersetzen. Lösungsorientierte Kommunikation ist besser, als dem einen Geldmache und dem anderen Pharmagetriebeneheit vorzuwerfen.

Insofern ist es wichtig, dass die Patientinnen und Patienten der Ärztin oder dem Arzt nicht naiv folgen, sondern mitdenken, ihr und ihm aber generell vertrauen. Und die Mediziner müssen Kritik sowie Nachrichten der Patienten ertragen, ohne abgehoben und arrogant mit Weißkittelweisheit auf diese herabzublicken. Das Gleiche gilt gegenüber anderen medizinischen Fachrichtungen. Denn ein nachhaltiger Behandlungserfolg wird am ehesten gemeinsam erlangt.

Da ist es erfreulich, dass sich die Ärztin Beatrix Schweiger in ihrem Plädoyer für das Coimbra-Protokoll auf die Kooperation mit den Skeptikern fokussiert und sagt: „Letztlich geht es vor allem darum, dass Patienten in großer Not durch die kollegiale Zusammenarbeit gut und sicher betreut sind.“ Und auch eine Haltung wie die von Birgit Huber, der Leiterin der Esslinger Amsel-Gruppe, tut gut. Sie ist selbst an Multipler Sklerose erkrankt, lässt sich nicht nach dem Coimbra-Protokoll therapieren und sagt aber: „Wenn ein Patient davon überzeugt ist, dann soll er es probieren. Warum denn nicht? Die Neurologen bringen ihr Wissen mit ein – und dann sollte man gemeinsam abwägen.“



### Warren will's wissen

Mit einer Kampfansage an die Reichen und Mächtigen will die linke US-Senatorin Elizabeth Warren bei der Präsidentschaftswahl 2020 gegen Amtsinhaber Donald Trump antreten. Warren erklärte am Samstag in Lawrence im Bundesstaat Massachusetts ihre Bewerbung um die Kandidatur der Demokraten. Die 69-jährige ist eine scharfe Kritikerin Trumps, dessen Regierung

sie am Samstag als „die korrupteste seit Menschengedenken“ bezeichnete. Der Republikaner reagierte mit Hohn und Spott darauf, dass Warren ihn herausfordern will. Die prominente Senatorin gehört zum wachsenden Feld von Demokraten, die sich ein Jahr vor den Vorwahlen um die Kandidatur der Partei bewerben. Darunter sind mehrere Frauen. Foto: dpa

## Union warnt SPD vor Linksruck

Nahles setzt in Parteivorstand Abkehr von Hartz IV durch – Arbeitgeber auf Distanz

Von Georg Ismar

Nach jahrelangen Debatten will die SPD das von Kanzler Gerhard Schröder eingeführte Hartz-IV-System abwickeln und stattdessen ein „Bürgergeld“ einführen. Der Vorstand stimmte am Sonntag bei einer Klausur in Berlin einstimmig für das neue Modell, das aber in der Großen Koalition mit der Union vorerst keine Chance auf Umsetzung hat. An die Stelle von Hartz IV soll ein Bürgergeld-Modell treten – mit weniger Sanktionen und höheren Leistungen für ältere Arbeitslose. Wer lange eingezahlt hat, soll bis zu drei Jahre Arbeitslosengeld bekommen, statt heute nach zwölf oder 24 Monaten in die Sozialhilfe zu fallen. Die bisherigen Regelsätze sollen aber unverändert bleiben. „Das ist wirklich ein neuer Anfang“, sagte Nahles. Der Staat solle als Partner, nicht als Kontrolleur wahrgenommen werden. „Sie sehen eine sehr gut gelaunte, positiv gestimmte Parteivorsitzende hier stehen“, sagte Nahles, die wegen des Umfragetiefs intern schwer unter Druck steht.

Im Gegensatz zum heutigen System sollen gerade jüngere Arbeitslose bei Verstößen gegen Auflagen nicht mehr die

Wohnung im Zuge von Leistungskürzungen verlieren können. Auf Vermögen von Empfängern des Bürgergelds soll nicht so schnell zugegriffen werden können wie bei Hartz IV – damit war 2005 die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt worden, um die Abgabenlast von Bürgern und Unternehmern zu drücken. Nahles zeigte sich überzeugt, dass das Konzept finanzierbar sei, blieb aber beim Wie vage.

Zudem will die SPD das „Recht auf Arbeit“ stärken. Arbeitslose sollen daher

miteinander verrechnet und eine Leistung aus einer Hand angeboten werden.

Die SPD will zudem den Mindestlohn auf zwölf Euro erhöhen. „Wir haben uns ein Jahr Zeit genommen, in die Partei hineinzuhorchen“, sagte Generalsekretär Lars Klingbeil. Bei der Klausur ging es auch um das Konzept einer Grundrente von Arbeitsminister Hubertus Heil für Geringverdienende, die 35 Jahre lang Beiträge gezahlt haben – die Union pocht auf Bedürftigkeitsprüfungen.

Die Spitzen von CDU und CSU reagierten mit scharfer Kritik. „Die SPD plant die Beerdigung der sozialen Marktwirtschaft“, sagte CDU-Vizechef Volker Bouffier. „Mit ihrem Wunsch, wieder Wähler zu gewinnen, hat sie sich für einen strammen Linksruck entschieden.“ CSU-Chef Markus Söder kritisierte, dass das Grundrenten-Modell nicht vom Koalitionsvertrag gedeckt ist. „Wir verhandeln keinen neuen Koalitionsvertrag. Natürlich reden wir miteinander, aber es darf keinen ideologischen Linksruck der Regierung geben“, sagte er. Arbeitgeber-Präsident Ingo Kramer warnte vor einer „Rolle rückwärts in ein sozialpolitisches Denken des letzten Jahrhunderts, das die Wirtschaft abwürgte und eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge hatte“.



» **Wir können mit Fug und Recht sagen: Wir lassen Hartz IV hinter uns und ersetzen nicht nur den Namen.**

Andrea Nahles

schon nach drei Monaten ein Recht auf Weiterbildung bekommen. Außerdem wollen die Sozialdemokraten ein Recht auf Arbeit von zu Hause („Homeoffice“) durchsetzen – um mehr Flexibilisierung in Zeiten der Digitalisierung zu ermöglichen. Mit einer neuen Kindergrundsicherung sollen zudem gerade Alleinerziehende besser unterstützt und Kinderarmut in Deutschland reduziert werden – unterschiedliche Leistungen sollen nicht mehr

### Russland warnt vor Einmischung

Moskau – Im Streit über den Bau der russisch-deutschen Erdgasleitung Nord Stream 2 warnt Moskau vor Einmischung von außen. „Wenn dem Projekt Hindernisse bereitet werden, um Russland zu zwingen, Gas durch die Ukraine zu ihren Bedingungen, zu ihren Tarifen und mit Ungewissheiten in juristischen Dingen zu pumpen, dann wird diese Nummer wahrscheinlich nicht klappen“, sagte Vizeaußenminister Alexander Panin am Wochenende – ohne ein Land beim Namen zu nennen. Mit Nord Stream 2 sollen jährlich bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Russland – an Drittstaaten wie der Ukraine oder Polen vorbei – durch die Ostsee nach Deutschland transportiert werden können. (dpa)



Der Kosten-Rahmen

Karikatur: Nik Ebert

### Angriff auf letzte IS-Bastion in Syrien

Damaskus – Truppen unter kurdischer Führung haben im Osten Syriens eine Offensive auf die letzte Hochburg der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in dem Bürgerkriegsland begonnen. Seit Samstagabend greifen sie den kleinen Ort Baghus an der Grenze zum Nachbarland Irak an, wie die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) mitteilten. Kampfjets der von den USA angeführten internationalen Anti-IS-Koalition unterstützen die Angriffe aus der Luft. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte meldete am Sonntag, die Kämpfe brächten Hunderte Familien in Gefahr. Die IS-Kämpfer missbrauchten die Zivilisten als menschliche Schutzschilde. Ein Reporter des US-Senders CNN vor Ort meldete unter Berufung auf nicht näher genannte Offiziere, in Baghus könnten sich bis zu 1500 Zivilisten aufhalten. Sollte die Offensive erfolgreich sein, könnte der jahrelange Krieg gegen den IS in Syrien und im benachbarten Irak sein vorläufiges Ende erreichen. Die Dschihadisten haben seit dem Höhepunkt ihrer Macht im Sommer 2014 ihr früheres Herrschaftsgebiet fast vollständig verloren. In Baghus sollen noch viele ausländische IS-Anhänger und Kämpfer ausharren, die als besonders kampferprobt gelten. Dort rücken am Boden die SDF-Truppen vor, die von der Kurdenmiliz YPG angeführt werden. (dpa)

► **Kurz berichtet**

### Schiff getauft

Das Bild einer im September 2015 an einem türkischen Stand angespülten Kinderleiche schockierte die Welt – jetzt hat der Vater des dreijährigen syrisch-kurdischen Flüchtlingsjungen ein deutsches Rettungsschiff auf den Namen seines Sohnes getauft: „Alan Kurdi“. Die Zeremonie fand im Hafen von Palma de Mallorca statt, wie die Organisation Sea-Eye mitteilte.

### Kein Baulandlimit

Das Bauland in der Schweiz wird nicht per Verfassung begrenzt. Eine Zersiedelungsinitiative der jungen Grünen fiel bei einer Volksabstimmung am Sonntag durch. Zwei Drittel der Abstimmenden wollten nicht in der Verfassung festschreiben lassen, dass für jedes neu ausgewiesene Baugebiet ein schon zur Bebauung vorgesehenes Stück Land wieder zu Landwirtschaftsland wird.

### Prinzessin scheidet

In Thailand ist die älteste Schwester des Königs, Prinzessin Ubolratana, mit ihrer Kandidatur als Premierministerin gescheitert. Die Partei TRC kündigte an, ein Machtwort von König Maha Vajiralongkorn zu akzeptieren. Der Monarch hatte die Bewerbung zuvor als verfassungswidrig bezeichnet. (dpa)

► **Pressestimme**

Partei entfremdet sich von Mitte „Neue Osnabrücker Zeitung“ zum Linksruck der SPD: Soziale Wohltaten in Hülle und Fülle verspricht Parteichefin Andrea Nahles auf dem Rücken der Steuerzahler, koste es, was es wolle. Die Verzweiflung muss groß sein, wenn die SPD ihre Rettung darin sieht, in Opposition zum Genossen Gerhard Schröder zu gehen. Man muss kein Freund des Altkanzlers sein, um anzuerkennen, dass die Hartz-IV-Gesetze den heutigen wirtschaftlichen Erfolg mit ermöglicht haben. Die SPD überlässt in ihrem Überlebenskampf lieber Sozialromantikern das Ruder, die viel über Gender-Mainstreaming reden, aber von einer Entlastung der Mittelschicht oder des Mittelstands nichts verstehen. Damit entfremdet sich die Partei endgültig von der Mitte.

► **Impressum**

Pflichtblatt für amtliche Bekanntmachungen des Kreises Esslingen und der Stadt Esslingen sowie der „Wertpapierbörse Stuttgart“

Esslinger Kreiszeitung · Neckarpost · Neckar/Teck-Post · Plochingen Zeitung · Esslinger Tagblatt · Esslinger Anzeiger · Esslinger Nachrichten · Esslinger Allgemeine · Esslinger Bote · Esslinger Kurier

Verlag: Bechtle Graph. Betriebe und Verlagsgesellschaft (Bechtle Verlag und Esslinger Zeitung) GmbH & Co. KG  
Verlagsanschrift: Esslinger Zeitung, 73726 Esslingen.  
Hausadresse: Zeppelinstraße 116, 73730 Esslingen  
E-Mail: redaktion@ez-online.de  
Internet: http://www.esslinger-zeitung.de  
Anzeigenannahme, Vertriebschalter: Marktplatz 6, 73728 Esslingen  
Redaktion Stuttgart: CZ-Redaktion, Wilhelmstraße 18-20, 70372 Stuttgart, Telefon (07 11) 9 55 68-0

Herausgeber: Otto Wolfgang Bechtle †, Dr. Christine Bechtle-Kobarg

Chefredakteur: Gerd Schneider; Stellvertreter: Christian Dörmann; Mitglied der Chefredaktion/Deskchef: Oliver Storz  
Verantwortliche Redakteure für Politik, Nachrichten und Wirtschaft: Gerd Schneider; für Lokales: Christian Dörmann; für Kreis und Filder: Harald Flößer; Kultur: Martin Mezger. Zuständig für Online: Nicole Rabus;

für Sport: Sigor Paesler.  
Kooperation mit den Stuttgarter Nachrichten: Christoph Reisinger  
Fotos S. 1: dpa, master 1 305 / Adobe Stock  
Geschäftsführer: Andreas Heinkel  
Anzeigen: Carsten Schübeler  
Zur Zeit Preisliste Nr. 64 vom 1.1.2019 mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen in Zeitungen und den zusätzlichen des Verlags. Bezugspreis: monatlich 37,40 € einschl. Zustellgebühr und Mehr-

wertsteuer. Postbezugspreis 38,30 € monatlich. Keine Erstattung des Bezugspreises bei Unterbrechung von weniger als 7 Erscheinungstagen. Bei höherer Gewalt und Auswirkung eines Arbeitskämpfes kein Anspruch auf Lieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises.  
Preise Anzeigen: http://www.esslinger-zeitung.de/anzeigen / Preise Abonnements: http://www.esslinger-zeitung.de/abos  
Druck: Bechtle Verlag&Druck, Zeppelinstraße 116, 73730 Esslingen